

«Anbiedern schadet»

Montagsinterview Rene Rhinow über Recht und Politik
Bz, 30.10.2006

Der Baselbieter Rene Rhinow präsidiert heute nach einer Karriere in der Politik, in der Wissenschaft und im Militär das Schweizerische Rote Kreuz. Seit 1981 wirkt er als Rechtsprofessor an der Universität Basel. Am 1. November hält er seine Abschiedsvorlesung. Im Montagsinterview der MZ erklärt Rhinow, warum Bundesrat Blocher seiner Meinung nach beim Türkei-besuch gegen das Kollegialprinzip verstossen hat, und er äussert sich zum Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik. Der FDP rät er, sich nirgends anzubiedern, denn das schade der Partei enorm. Rhinow ist für eine Öffnung der Schweiz Richtung EU, obwohl ihm gerade Föderalismus und das Kleinräumige viel bedeuten. Im Interview legt der 64-Jährige dar, warum dies kein Widerspruch sein muss.

«Öffentliches Recht hat immer mit Politik zu tun»

«Mehrere Welten» René Rhinow war Professor für Staatsrecht an der Universität und Mitglied des Ständerats in der Politik

Vielleicht nicht ein «Mann mit allen Eigenschaften», sicher aber ein «Mann für alle Aufgaben»: Der Baselbieter Rene Rhinow präsidiert heute nach einer Karriere in der Politik, in der Wissenschaft und im Militär das Schweizerische Rote Kreuz.

PETEA BUHI, THEOOOA ECKERT

Herr Professor Rhinow, Sie sind Humanist, Rechtsgelehrter, Wissenschaftler, Lehrer, Politiker, im sozialen Bereich engagiert und als Verwaltungsratspräsident eines Medienunternehmens auch ein Mann der Wirtschaft. Sie decken mit Ihrer Persönlichkeit und von Ihrem Engagement her eine ungeheuer breite Palette ab. Wer ist Rene Rhinow, wie macht er das - alles?

Rene Rhinow: Eine gute Frage. die ich mir auch immer wieder stelle ... Immerhin: Politiker und Hochschullehrer bin ich nicht mehr! Ich bin vielseitig interessiert, arbeite gerne mit anderen Menschen zusammen auf gemeinsame Ziele hin und fühle mich von spannenden Herausforderungen angesprochen. Zentral für mich war stets das Engagement für Staat und Gesellschaft, als Jurist, als Politiker. früher im Militär und jetzt beim Roten Kreuz und im Medienbereich. Ich habe und hatte zudem nie das Gefühl. in völlig verschiedenen Welten zu arbeiten. Und ich konnte in jeder Welt von meinen Erfahrungen aus anderen Welten profitieren.

Am 1. November geht mit der Abschiedsvorlesung an der juristischen Fakultät der Universität Basel ein wichtiges Kapitel Ihres Lebens zu Ende. «Politische Funktionen des Rechts» lautet die Überschrift Ihrer Abschiedsvorlesung. Ein Titel, der ein paar Jahrzehnte akademische und politische Erfahrung und Wirkung umspannt. Wie bringen Sie es fertig, Ihr halbes Leben in eine Stunde Vorlesung.zu packen?

Rhinow: Überhaupt nicht. Ich habe das Thema so gewählt. weil ich durch meine Biografie mit Recht und Politik zu tun hatte und weil ich immer wieder als Grenzgänger versucht habe zu ergründen, was das eine für das andere bedeutet - also das Recht für die Politik und die Politik für das Recht. Ich schöpfe also aus gewissen Erfahrungen, aber mein Leben ist damit natürlich überhaupt nicht abgedeckt.

Sie sind Staats- und Verwaltungsrechtler, verfügen aber auch über grosse Erfahrungen als Politiker. Nutzen wir also diese vernetzte Kompetenz, um gleich ein brisantes innenpolitisches Thema zu klären: Hat Bundesrat Christoph Blocher mit seiner in der Türkei vorgetragenen Kritik an der Antirassismus-Strafnorm Recht oder Unrecht?

Rhinow: Es war eine verfehlt Äusserung, einmal ein Verstoss gegen das Kollegialprinzip, denn der Bundesrat hat es, vor nicht langer Zeit abgelehnt, auf dieses Gesetz zurückzukommen. Dann hat er in der Sache nicht Recht, weil die Meinungsfreiheit nicht schrankenlos ist. Herr Blocher hat sich ja selbst gegen die Karikaturen im welschen Fernsehen gewehrt. die auch der Meinungsfreiheit unterliegen! Zudem war seine Kritik an einem schweizerischen Gesetz im Ausland kaum ein Akt besonders gewiefter Aussenpolitik.

Sie haben viele Jahrzehnte lang die hehre Staatstheorie gelehrt, Staats- und Verwaltungsrecht. Gleichzeitig haben Sie als Politiker auf kantonaler und nationaler Ebene den Staat praktisch mitgestaltet. Wie haben Sie dem Staatsrechtler Rhinow und den Politiker Rhinow unter einen Hut gebracht? Hat es da nicht manchmal ein Problem mit Anspruch und Wirklichkeit gegeben?

Rhinow: Hat es, natürlich. Vor allem in zeitlicher Hinsicht, da war ich schon öfters am Limit. In der Sache selbst hatte ich eigentlich nie ein Problem, im Gegenteil. Ich könnte im Parlament aus meinen rechtlichen Kenntnissen schöpfen und einiges einbringen. Umgekehrt versuchte ich die praktischen Erfahrungen aus dem «gelebten Staatsrecht» in den Unterricht zu integrieren, denn Staatslehre, Staatsrecht. Öffentliches Recht allgemein haben immer auch mit Politik zu tun. Ich war ja an der Universität nicht Astrologe.

Was ist jetzt die Aufgabe des Staatsrechtlers, oder des Staatsrechts? Ist es, das zu gestalten und nachzuvollziehen, was sich aus der Gesellschaft, aus der Politik entwickelt, oder hat man durchaus auch die Aufgabe selber Akzente zu setzen, vielleicht sogar eben Entwicklungen vorwegzunehmen? Wie beurteilen Sie das?

Rhinow: Der Staatsrechtler muss zunächst mit dem umgehen, was da ist: dem geltenden Recht, wie es in der Verfassung zugrunde gelegt ist. Er hat aber auch ein Wort mitzureden, wenn dieses Recht auf politischem Weg geändert wird. Er wird sich insbesondere dafür interessieren, ob sich neue Vorschläge an übergeordnetes Recht (etwa an Menschenrechte) halten, ob sie sich einbetten lassen in das bestehende Recht, damit nicht noch mehr Wildwuchs im ganzen Rechtssystem entsteht. Und er kann eigene Vorschläge einbringen, die er als Experte, etwa aus dem Vergleich mit anderen Rechtsordnungen kennt.

Jetzt ist ja die Gesellschaft und die Wirtschaft einem ungeheuer rasanten Wandel unterworfen: Industrialisierung, Technologisierung und der Staat hinken in gewissen Bereichen immer ein, zwei Schritte hintennach. Wie geht man damit um, dass man quasi über eine Situation beraten muss, die in der Vergangenheit liegt, und die Gegenwart an sich schon viel weiter ist?

Rhinow: Das ist ein Grundproblem der Gesetzgebung und der Demokratie. Einerseits ist es natürlich, dass das Recht auf Entwicklungen reagiert, wir schaffen ja keine Gesetze auf Vorrat, ins Blaue hinaus. Auf der andern Seite sollte das Gesetzgebungsverfahren so ausgestaltet sein, dass wir zeitgerecht auf Entwicklungen reagieren können. In der Demokratie braucht aber alles seine Zeit, es muss kontrovers um Lösungen gerungen werden, bis ein Konsens erzielt worden ist. Und unsere Konkordanz-Demokratie will nicht mit möglichst knappen Mehrheiten etwas durchzuboxen, sondern sie sucht breit abgestützte Lösungen. Wir können also diesem dem Dilemma nicht entinnen:

Und schon sind wir wieder bei der Frage nach dem Handeln von Bundesrat Blocher. Wie findet man den richtigen Zeitpunkt, wann darf man ein Gesetz, das auf einem Volksentscheid beruht, wieder antasten? Bundesrat Blocher nimmt das für sich in Anspruch und sagt, es sei legitim über Gesetze innerhalb einer kurzen Frist wieder nachzudenken.

Rhinow: Das ist zweifellos legitim. Wenn sich ein Gesetz nicht bewährt hat oder aufgrund neuer politischer Einsichten oder Vorstösse können Gesetze wieder geändert werden – auf dem normalen Weg der Rechtsänderung. Die Frage ist also nur, wie es geschieht. Die Achtung vor dem Volkswillen gebietet es aber, solche Revisionen erst nach einer gewissen Zeit in Angriff zu nehmen, z. B. wenn Erfahrungen vorliegen.

Der Staat, das ungeliebte, viel gescholtene Wesen: Von Rechts als zu regulierend, umfassend und zu teuer, von Links als zu ökonomiefreundlich, unmenschlich und herzlos kritisiert. Wie hat sich im Laufe der Jahrzehnte dieser Staat verändert, wie hat sich Ihr Verhältnis zu diesem Staat verändert?

Rhinow: Mein Verhältnis zum Staat hat sich nicht unbedingt geändert, ich war immer ein kritischer Befürworter des Staates. Es ist in der Demokratie wichtig, dass wir uns mit diesem Staat auseinandersetzen, denn es ist unser Gemeinwesen, nicht ein Staat «der andere». Das heisst auch, immer wieder über Verantwortung und Grenzen der Staatstätigkeit nachzudenken. Ich bedaure zutiefst alle populistischen Strömungen, die diesen Staat pauschal ins Zwielicht bringen.

Eine der zentralen politischen Fragen unserer Zeit lautet: Wie viel Staat brauchen wir? Frage an den Staats- und Verwaltungsrechtler Rhinow: Lässt sich diese Frage wissenschaftlich beantworten?

Rhinow: Die Wissenschaft kann zwar wichtige Beiträge zu dieser Frage leisten. Sie kann beispielsweise gesellschaftliche Probleme untersuchen und Vorschläge unterbreiten, welche Beiträge der Staat zur Lösung leisten könnte. Die Wissenschaften können auch retrospektiv untersuchen, ob diese staatlichen Beiträge Erfolg hatten, ob sie gar andere Probleme geschaffen haben, aber auch ob die Lösungen akzeptiert wurden. Die Wissenschaft kann jedoch nicht entscheiden, wo die Grenzen der Staatstätigkeit liegen, das ist immer eine politische Frage.

Ihre Partei hat das Motto «Mehr Freiheit, weniger Staat» geprägt. Die SVP hat es zwischenzeitlich auf die Spitze getrieben. Wie viel Staat brauchen wir? Welchen Staat? Wo sollte der Staat aktiver sein? Wo sollte er sich zurückziehen?

Rhinow: Ich stehe grundsätzlich zu diesem Satz: mehr Freiheit. weniger Staat, wenn man die dritte freisinnige Komponente mit einbezieht. nämlich mehr Selbstverantwortung, und wenn man den Slogan auf die Weiterentwicklung der Politik bezieht, nicht auf einen blinden Staatsabbau. Ich glaube schon, dass wir am Limit sind mit der Staatstätigkeit. Die bereits erwähnte Unübersichtlichkeit; die Omnipräsenz des Staates schafft Probleme. und zwar in einer eigenartigen Weise: Einerseits ist der Staat Hoffnungsträger für die Lösung vieler Probleme. Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass er zunehmend überfordert ist. Dies ist eine verhängnisvolle Spirale. Das von der Politik (und das heisst auch: von der Gesellschaft) ausgelöste Staatswachstum führt teilweise zu enttäuschendem Staatsversagen, dieses wiederum löst neuen Aktivismus aus. Was sollen wir tun? Ich kann kein Programm entwerfen, aber als Präsident des Schweizerischen Roten Kreuzes habe ich eine wichtige Erfahrung gemacht: Freiwilligenarbeit hat eine eminent grosse Bedeutung in unserer Gesellschaft, sie kann viele menschliche, gesundheitliche und integrative Probleme besser lösen als der Staat. Dieser sollte deshalb die humanitären Organisationen besser in die Problembewältigung einbeziehen und diese unterstützen. Das vermindert den Staatsanteil und kostet erst noch weniger!

Sie haben von 1987 bis 1999 als Ständerat den Kanton Basel-Landschaft in Bern vertreten. Sie sind ein liberaler, offener Geist mit breitem Horizont. Es ist bekannt, dass Ihnen das Kleinräumliche, Kleinkrämerische Unbehagen bereitet. Wie haben Sie es fertig gebracht, die Interessen des Kleinräumlichen, eines Halbkantons, zu vertreten und gleichzeitig Politik im nationalen Gesamtinteresse zu machen?

Rhinow: Einspruch! Ich habe keine Probleme mit dem Kleinräumigen, im Gegenteil. Die Menschen brauchen das Kleinräumige. Heimat finden wir doch vor allem im Kleinräumigen. Dort, wo ich zu Hause bin, meine Nachbarn kenne, dort, wo ich keine Angst haben muss, das ist Heimat. Hingegen müssen wir die Brücke schlagen können zwischen diesem Kleinräumigen und den Räumen, in denen politisch relevante Entscheidungen fallen. Das ist die Kunst der Politik. Ich bin Bürger von Seltisberg, wirke auf der schweizerischen Ebene mit und stehe für eine Öffnung der Schweiz ein, weil ich feststelle, dass die Schweiz immer mehr nur kann, was andere in Europa und auf der Welt für uns entschieden haben. Viele sehen bei uns leider diese Zusammenhänge nicht: Unabhängigkeit kann heute nicht mehr, bedeuten, Mauern um uns zu bauen und einer Autonomie vergangener Zeiten nachzutruern, sondern dort mitzuwirken, wo (auch) über uns entschieden wird. Und das ist halt heute vor allem die EU! Der Föderalismus gilt in gewissen Kreisen als fortschritts- und reformhemmend. Der Think-Tank Avenir Suisse macht ihn verantwortlich, dass die Schweiz nicht genügend fit für die Herausforderungen der Zukunft sei. Sie haben zwei Herzen in Ihrer Brust: das des Reformers und das des Alt Ständeherrn. Wie beurteilen Sie den Föderalismus - Fluch oder Segen?

Rhinow: Ich halte sehr viel vom Föderalismus Wir müssen aber aufpassen, dass wir in den gegebenen Strukturen nicht erstarren. Wir müssen auch den Bundesstaat weiterentwickeln. Wir haben mit der NFA einen ersten Schritt getan, doch können wir nicht stehen bleiben. Für mich wäre es beispielsweise wichtig, die Diskussion über die Bildung grösserer Kantone nachzudenken, um ihnen wieder mehr Autonomie zuteil werden zu lassen.

Wir getrauen uns fast nicht das Thema anzusprechen, weil bei gewissen Exponentinnen und Exponenten die Nerven blank liegen. Ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen präsentiert sich die FDP Schweiz ja nicht gerade in Höchstform. Was lautet Ihre Diagnose?

Rhinow: Ich muss vorausschicken, dass ich keine Funktion mehr in der Partei bekleide und deshalb auch nicht für die Partei sprechen kann und will. Und das mit den Empfehlungen ist auch so eine Sache. Ich schätze es auch nicht, wenn Bisherige oder Ältere, die nicht mehr dabei sind, den andern sagen, wie sie es tun sollten. Also halte ich mich hier zurück. Ich kann höchstens Hoffnungen oder Wünsche formulieren: dass die Partei ihre inhaltliche, substanzielle Linie, oder besser Autobahn (weil es in der FDP mehr als eine Meinung geben darf) findet, zu der sie selbstbewusst aus Überzeugung steht, dass sie für Kompromisse und den Ausgleich als Lebenselixier der schweizerischen Demokratie einsteht und dass sie nicht gebannt danach strebt, primär sich irgendwo abzugrenzen. Freilich sollte sie unbeirrt zurückschlagen, wenn sie lächerlich gemacht oder verhöhnt wird, auch wenn der Angriff von rechts kommt! Oder wenn eine Partei grossmäulig verkündet, sie habe Bürgerlichkeit gepachtet und bestimme, was Heimat sei ... Jedes Kuschen oder Anbiedern schadet der FDP enorm.

Aber es ist eine Tatsache, dass die FDP im Moment mit ihrem Stil es sehr schwer hat, diese Position zu vertreten. Wie kommt sie aus diesem Dilemma heraus? Fehlt es an charismatischen Figuren?

Rhinow: Die Partei hat sicher ein Problem auf der personellen Seite. Früher war es schon so, dass die FDP massgeblich durch ihre Persönlichkeiten überzeugt hat und deshalb bei den Wahlen auch gut abgeschnitten hat. Strategiepapiere und Parteiprogramme waren nicht so wichtig. Diese Vielfalt an unterschiedenen Persönlichkeiten war eine Stärke der FDP.

Das SRK ist heute eine NGO mit Konzernstatus: 700 Millionen Franken Umsatz, 4400 Mitarbeiter bzw. 2350 Vollstellen, 50000 freiwillige Helferinnen und Helfer. Auf der einen Seite ist das SRK klar ein human und sozial engagiertes Hilfswerk, auf der andern Seite ein Multimillionen-Unternehmen, unter anderem mit einer Schlüsselrolle im Schweizerischen Gesundheitswesen. Wie erleben Sie als SRK-Präsident die Dualität «Hilfsorganisation und Gesundheitsindustriekonzern»?

Rhinow: Das Zweite sind wir nicht. Wir sind gross, weil wir viele und unterschiedliche humanitäre Aufgaben innerhalb unserer Organisation bewältigen und viele Freiwillige für uns tätig sind. Aber wir machen ja keine Gesundheitspolitik, wir sind kein Player in diesem unübersichtlichen Markt. Wir versuchen uns auszurichten auf Menschen, die in Not sind, mit einem Schwergewicht auf Gesundheit und Rettung.

Aber wie spüren Sie dann die Folgen des immer stärker werdenden Wettbewerbs, der Kommerzialisierung des Gesundheitswesens? Bekommen Sie das überhaupt nicht zu spüren, geht das spurlos an ihnen vorbei?

Rhinow: Doch, wir spüren das sehr stark und versuchen uns auch immer wieder neu auf diese Veränderungen in unserem Umfeld auszurichten. Wir sind jetzt mittendrin in einem neuen Strategieprozess. Wir fragen uns. Wo unsere Schwergewichte liegen sollen, wer unser Zielpublikum ist, wo Lücken bestehen, die wir abdecken müssen. Auch im Spendenbereich sehen mit einer gewissen Besorgnis den neuen Konkurrenten entgegen, die als internationale Hilfswerke den schweizerischen Spendenmarkt entdeckt haben.

Seit einem halben Jahr sind Sie Verwaltungsratspräsident der Vogt-Schild Holding AG, Herausgeberin der Solothurner Zeitung. Vor allem als Politiker haben Sie jahrzehntelang Erfahrungen im Umgang mit Medien gesammelt. Wie hat sich die Sicht der Mediendinge nach dem Seitenwechsel vom Scheiben- in den Schützenstand verändert?

Rhinow: Als Politiker und als Staatsrechtler habe ich eigentlich mit den Journalisten fast immer gute Erfahrungen gemacht. Insofern musste ich mein Bild nicht vollkommen verändern. Ich lerne nun einfach die andere Seite besser kennen. Vor allem beschäftige ich mich mit der Frage, wie sich Printmedien, und natürlich ganz besonders die Solothurner Zeitung im Verbund der Mittellandzeitung behaupten können, wo ihre Chancen liegen, was wir verändern und anstreben müssen.

Sie sind mit der Region Mittelland-Nordwestschweiz bestens vertraut. Wie beurteilen Sie das Modell Mittelland Zeitung, was sind seine Stärken, was seine Schwächen?

Rhinow: Es ist ein sehr überzeugendes Modell. Ich erlebe es täglich im Fall der Vogt-Schild Medien AG und jetzt neu auch mit der Basellandschaftlichen Zeitung, die ich ja seit langem kenne. Das Modell ermöglicht, die wichtige regionale Verankerung einer Regionalzeitung mit den Leserbedürfnissen nach kompetenter Berichterstattung im nationalen und internationalen Bereich 'zu verbinden. Es setzt aber, vor allem bei den Redaktionen, Menschen voraus, die zusammenwirken wollen und zusammenwirken können. Ich habe den Eindruck, das sei bei der Mittelland Zeitung so der Fall.

Die MZ hat ja vor ein paar Wochen eine Erweiterung in Ihren Heimatkanton erfahren. Was ist die erste Bilanz der Integration der Basellandschaftlichen Zeitung in die Mittelland Zeitung?

Rhinow: Ich habe die Startphase sehr positiv erlebt. Die MZ ist eine andere Zeitung geworden, in andere Dimensionen vorgestossen. Es ist mit einem grossen Effort wirklich ein grosser Sprung gelungen.

Am 1. November nehmen Sie offiziell Abschied von der akademischen Lehrtätigkeit. Was bedeutet dies für Sie. Ist es überhaupt eine Zäsur - oder wird die dadurch frei werdende Zeit bereits von Ihren andern vielfältigen Tätigkeiten «weggefressen»?

Rhinow: Hoffentlich nicht! Nein, ich nehme mir Masshalten vor! Sie haben mit Recht gesagt, es sei nur ein Abschied von der Lehrtätigkeit, nicht von der Wissenschaft. Ich hoffe, mehr Freiräume zu haben, um wieder mehr lesen, mehr denken, mehr schreiben zu können. Das Präsidium des Roten Kreuzes fasziniert mich nach wie vor. Also kein «Wegfressen». sondern eine Redimensionierung auf das, was mir weiterhin Freude bereitet.

Was ist Erholung, was ist Lebensqualität für Rene Rhinow?

Rhinow: Für mich geht Erholung und Lebensqualität sehr eng zusammen. Ich bin gerne mit mir lieben Menschen zusammen, mit der Familie, neuerdings mit meinen schatzigen Grosskindern und mit Freunden, Es zieht mich in die Natur, zum Wandern, Walking oder Skifahren. Und ich lese gerne und viel Bücher zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft, aber auch moderne Literatur. Ich habe jetzt gerade die «Vierzig Rosen» von Hürlimann hinter mir und bin sehr angetan von diesem Buch.